



Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Herrn Peter Altmaier
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
11019 Berlin

Per E-Mail

**Deutscher
Ferienhausverband e.V.**

Göran Holst
Vorsitzender

Rhabarberweg 25a
12357 Berlin

Berlin, 12. Februar 2021

Sehr geehrter Herr Minister,

am Mittwoch ist die erneute Verlängerung des Lockdowns bis zum 7. März beschlossen worden. Damit verbunden die Fortsetzung des Verbots touristischer Übernachtungen. Eine Perspektive für den Tourismus in Form eines Wiedereröffnungsplans ist man schuldig geblieben. Die Ferienhausbranche sieht sich damit seit dem 28.10.2020 einem fast vollständigen Ausfall der Einnahmen gegenüber. Ende offen.

Der Ferienhaustourismus braucht eine Perspektive

Seit Monaten trägt die Branche die vollen Lasten des Lockdowns. Privatvermieter sehen sich einem Berufsverbot gegenüber und erhalten keinerlei Hilfen. Umso wichtiger ist es, ein Szenario für den Neustart zu bieten und den Betroffenen eine Perspektive zu geben.

Ferienhausurlaub ist eine objektiv sichere Urlaubsform: Die Gäste versorgen sich autark, man verbringt den Urlaub nur mit dem eigenen Haushalt. Die Anreise erfolgt in den meisten Fällen mit dem eigenen Kraftfahrzeug. Schlüsselübergabe und Zahlung finden häufig kontaktlos über Schlüsseltresore statt. Begegnungen mit anderen Gästen oder Personal entfallen: Es gibt in der Regel keine Begegnungspunkte wie Foyers, Aufzüge oder

Frühstücksräume. Das Risiko, bei einem Ferienhausurlaub sich oder andere zu infizieren, ist nicht höher als daheim, in den eigenen vier Wänden.

Aus diesem Grund sind wir auch der Auffassung, dass es gegen Art. 3 GG verstößt, wenn man Ferienwohnungen bei einem Neustart des Tourismus wie nicht autarke Übernachtungsformen behandeln würde. Das bedeutet, dass Ferienwohnungen und -häuser bei der Öffnung früher und anders als sonstige touristische Übernachtungsformen berücksichtigt werden müssen, um den Gleichheitsgrundsatz nicht zu verletzen.

Die Branche braucht umgehend ein Neustart-Konzept – und zwar bundesweit, um den Flickenteppich aus Verordnungen, der für große Verunsicherung bei Gästen und Branche geführt hat, zu vermeiden. Es ist dringend notwendig, dass sich Politik und Branche direkt austauschen, um einen Weg aus der Krise zu eröffnen.

Unsere Forderungen:

- Ein Tourismuspipfel, auf dem die Politik mit der Tourismusbranche zeitnah ein bundesweites Neustartkonzept für den Tourismus berät.
- Eine sachgerechte Bewertung des Ferienhausurlaubs als autarke und sichere Urlaubsform und entsprechende frühere Berücksichtigung beim Neustart.
- Eine Perspektive für den Ferienhaustourismus bereits zu den Osterferien 2021

Hilfslücken schließen

Zehntausende private Vermieter von Ferienimmobilien haben keinen Anspruch auf Überbrückungs- oder Soforthilfen, weil diese an eine Gewerbeanmeldung geknüpft sind und die Betroffenen die Vermietung als Vermögensverwaltung betreiben. Ein ganzer Wirtschaftszweig fällt damit durch das Sicherungsnetz.

Private Anbieter von Ferienwohnungen und -häusern machen 70 Prozent des Gesamtmarkts aus. Jede vierte touristische Übernachtung in Deutschland findet in einem Ferienhaus oder einer Ferienwohnung statt. Für viele sind die Einnahmen aus der Vermietung ein unverzichtbarer Teil des Einkommens, das der Altersvorsorge oder dem Familienunterhalt dient oder das eigene Wohneigentum finanziert. Die Betroffenen sind seit mehr als 100 Tagen ohne Einnahmen aus der Vermietung. Derweil die Kosten (z. B. Instandhaltung, Steuern, Zinsen) unvermindert weiterlaufen und die finanzielle Belastung noch zusätzlich erhöhen. Die Rücklagen schwinden und die Lage spitzt sich zu, ohne dass es eine Perspektive gibt. Uns erreichen verzweifelte E-Mails und Anrufe von Betroffenen, die nicht mehr weiterwissen.

Aber auch bei einer Reihe gewerblicher Anbieter greifen die Hilfen nicht, beispielsweise bei Landwirten, die im Nebenerwerb Ferienwohnungen vermieten. Diese Nebeneinnahmen sichern das Überleben auch kleiner Höfe und leisten somit einen wichtigen Beitrag zum

Erhalt der lokalen Landwirtschaft. Zwar wurde mit der Überbrückungshilfe III der coronabedingte Umsatzeinbruch als Antragskriterium auf 30 Prozent gesenkt. Dennoch fallen weiterhin viele Höfe durchs Raster, die auf die Zusatzeinnahmen angewiesen sind und weiter hohe laufende Kosten haben.

Unsere Forderung:

- Ein Ende der Ungleichbehandlung und Öffnung der Überbrückungs- und außerordentlichen Wirtschaftshilfen für Privatvermieter von Ferienwohnungen

Es gibt in der Branche eine große Akzeptanz für die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Allerdings muss gewährleistet sein, dass die Menschen in dieser Situation nicht allein gelassen werden, sondern wie andere von Schließungen Betroffene Hilfszahlungen und eine nachhaltige Perspektive erhalten.

Wir danken für Ihre Zeit.

Mit freundlichen Grüßen

Göran Holst
Vorsitzender

Über den Deutschen Ferienhausverband e. V.

Der Deutsche Ferienhausverband mit Sitz in Berlin wurde im Dezember 2013 gegründet und ist Deutschlands größter Branchenverband im Ferienhaussegment. Zu unseren Mitgliedern zählen lokale Agenturen ebenso wie mittelständische Vermittlungsportale, international agierende Online-Plattformen und Meta-Search-Dienste. Ziel des Verbands ist es, die Interessen der Ferienimmobilienbranche gegenüber Wirtschaft und Politik zu vertreten und Urlaubern durch die Entwicklung einheitlicher Qualitätsstandards Hilfestellung bei der Online-Buchung von Feriendomizilen an die Hand zu geben. Mehr als fünf Millionen Feriendomizile weltweit werden über die Mitgliedsunternehmen offeriert. Weitere Informationen unter www.deutscher-ferienhausverband.de